

geschossenen Fliegern nach dem Leben getrachtet haben. 81 % der Richter und Staatsanwälte in Bayern sind ehemalige Nazis.

(Hört, hört!)

Wir wundern uns also nicht, daß man heute drüben einen Mann wie Hedler, der es wagte, zu sagen, man hätte ja die Juden nicht zu vergasen brauchen, das hätte man humaner machen können, in Freiheit herumlaufen läßt und den Kollegen und Kameraden Lehmann wie ein gehetztes Wild über die Landstraße jagt. Wir haben das in einem Artikel zum Ausdruck gebracht. Sollte auch die britische Militärjustiz diese Angeklagten verurteilen, die Geschichte wird es erweisen, daß sie niemals verurteilt werden konnten und daß ihre Gedanken und ihre Ideen siegreich sind.

Wir versichern die Solidarität als Fraktion nicht nur den sieben Angeklagten, sondern darüber hinaus weitet sich unser Blick, und wir geben allen denen, die sich um die sieben zur Erringung der Freiheit und nationalen Unabhängigkeit unseres Vaterlandes scharen, die Versicherung: Die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik werden ihre ganze Arbeit, ihre ganze Tatkraft und Energie darauf anwenden, daß eines Tages ein großes Zelt sich einig über unser Vaterland spannt.

(Beifall)

Abg. Deter (FDGB/FDJ u. a.):

Meine Damen und Herren! Die Fraktion des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Freien Deutschen Jugend begrüßen und unterstützen diesen Antrag. Wir werden nicht nur dafür stimmen, sondern wir erklären uns mit den verfolgten Kämpfern gegen die Demontagen solidarisch. Die Werktätigen in Westdeutschland und besonders diese 120 000 Menschen kämpfen um ihren Arbeitsplatz. Sie verteidigen damit ihre Existenz, und sie verteidigen nicht nur ihre Existenz, sondern auch die Existenz ihrer Betriebe und ihrer Heimatstadt. Hier an diesem Beispiel wird am deutlichsten sichtbar, wie die westdeutsche Bevölkerung und vor allem die Arbeiterschaft unter dem doppelten Joch der Besatzung und der sozialen Ausbeutung und Unterdrückung leidet.

Diese Bewegung des Kampfes gegen die Demontagen hat in den Massen der westdeutschen Betriebsarbeiter und Betriebsbelegschaften einen lebhaften Protest hervorgerufen. Diese Protestbewegung fand auch ein Echo in den Betrieben und Ländern der Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin. Überall haben die Arbeiter protestiert, weil sie wissen, daß diese Demontagen den Raub des Arbeitsplatzes für die Beschäftigten bedeuten.

Wir haben gerade hier in Berlin ein sehr typisches Beispiel dafür; das ist der Fall der Borsig-Demontagen. Großsprecherisch hat sich der Führer der SPD, Herr Franz Neumann, hingestellt und erklärt: in acht Wochen werden wir einige tausend Arbeiter hier in diesem Betrieb Borsig wiedereinstellen, und das Werk wird dann zeigen, welche Leistungen man vollbringt; der volkseigene Betrieb Bergmann-Borsig, dieses kümmerliche Ding, wird dann im Schatten verblassen. Heute sind acht Wochen verstrichen. Der Betrieb Borsig ruht noch immer. Die Abtransporte des sogenannten Schrotts bestehen aber aus Maschinenteilen und Halbfabrikaten und werden durch die französische Militärregierung unbekümmert fortgesetzt. Im Betrieb Bergmann-Borsig aber ist die Belegschaftsziffer auf über 2000 Mann angestiegen. Sie arbeiten auf Hochtouren. Die ganze Kapazität des Betriebes wird im Interesse der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes ausgenutzt.

Das ist dasselbe Bild in Westberlin, das wir hier an diesem Beispiel aus Westdeutschland erleben: über 2 Millionen Arbeitslose in Westdeutschland, und allein

im Monat Januar ist die Arbeitslosenzahl in Westberlin so gestiegen, daß die 300 000-Grenze bereits überschritten ist.

Dieser Kampf der Arbeiterschaft von Westdeutschland findet die solidarische Unterstützung aller Mitglieder des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, und wir nutzen diese Gelegenheit, um von dieser Stelle aus an den Deutschen Gewerkschaftsbund von Westdeutschland zu appellieren und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß es seine heilige Verpflichtung wäre, durch die Herstellung der Aktionseinheit aller Arbeiter nicht nur in Westdeutschland, sondern gemeinsam mit den freigewerkschaftlichen Arbeitern auch der Länder der Deutschen Demokratischen Republik den Kampf gegen die nationale Fremdherrschaft und diese Unterdrücker zu organisieren, den Kampf gegen die Demontagen zu unterstützen, sich mit aller Entschiedenheit für die Freilassung und die Aufhebung der Verfolgung der angeklagten Kämpfer gegen die Demontagen einzusetzen. Wir sind zu diesem Kampf und zu dieser Verteidigung bereit. Wir werden als Freie Gewerkschaften alles tun, um diesen Kampf zu unterstützen.

Wir wissen — und gestern wurde es bei der Diskussion über das Jugendgesetz hier zum Ausdruck gebracht —, daß es wiederum ein sozialdemokratischer Führer, Herr Schumacher, war, der davon sprach, daß man bei dem Aufmarsch der Jugend Panzerwagen einsetzen soll. Gestern brachte aber auch die Presse die Mitteilung, daß, während im internationalen Maßstab Hafnarbeiter und Transportarbeiter in Frankreich, in Italien, in Dänemark und anderen Ländern sich dagegen wehren, amerikanisches Kriegsmaterial nach Europa, nach den Kriegsschauplätzen in Asien, zu transportieren, (Beifall)

man jetzt auch beginnt, wo sich in Deutschland, in Hamburg, der Widerstand gegen die Einfuhr von Kriegsmaterial bemerkbar macht, nach der provokatorischen Erklärung der amerikanischen Militärregierung ganz unbekümmert, weil die Lage in Deutschland eine andere ist, die Kriegsmaterialien über den sogenannten amerikanischen Hafen, nämlich Bremen, einzuführen. Vielleicht sind das die Panzerwagen, die Herr Schumacher verlangt hat, die Panzerwagen, die gegen die Werktätigen eingesetzt werden sollen.

Wir als Gewerkschafter und als Freie Deutsche Jugend wissen, daß wir in diesem Kampf gegen die Demontagen eine große Verantwortung haben. Wir erkennen unsere Verantwortung und unsere Verpflichtung, und darum unser Bemühen, in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland alle die Kräfte der Werktätigen zu sammeln, die bereit sind, den Kampf zu führen für die Einheit Deutschlands gegen die nationale Unterdrückung und für den Frieden.

Wir haben aber als Gewerkschafter die besondere Verpflichtung, weil sich in diesem Kampf bei den sieben Angeklagten zeigt, daß man hier auch die gewerkschaftliche Unterdrückung fortsetzt und die gewerkschaftlichen Rechte beschneidet. Läßt man zu, wie das in Westdeutschland jetzt geschieht, daß die Arbeiter sich nicht mehr wehren können, dann werden sie sich morgen auch nicht mehr gegen die Transporte der Kriegsmaterialien wehren dürfen. Wir wollen aber keinen Krieg! Wir wollen den Frieden, und darum rufen wir die Arbeiterschaft in allen Ländern Deutschlands auf, gemeinsam den Kampf zu führen in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für Einheit, Frieden und Unabhängigkeit.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dieckmann:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt der Tagesordnung liegen dem Präsidium nicht vor. Das Wort